

# Armut macht krank, Krankheit macht arm

280.000 Kinder und Jugendliche leben in Österreich in Armut. Ihre durchschnittliche Lebenserwartung ist um fünf bis acht Jahre geringer als jene von Kindern aus bessergestellten Familien.

Von Petra Tempfer

**Wien.** Petra Kellner ist die Älteste von drei Geschwistern und passt an vier Nachmittagen auf die zwei Jüngeren auf. Dann ist ihre Mutter bei der Arbeit, und auch, wenn diese zu erschöpft ist, um sich um den Haushalt zu kümmern, springt die 14-Jährige ein. „Im letzten Winter haben sie uns den Strom abgedreht“, erinnert sich Mutter Bettina Kellner, die drei prekären Jobs gleichzeitig nachgeht. Es sei kalt in der Wohnung gewesen, die Kinder hätten wochenlang nicht gelernt. Petra sei mit der Schule und dem Lebensalltag überfordert, häufig krank und müde.

„Viele Jugendliche reagieren mit depressiven Verstimmungen auf belastende und überfordernde Situationen“, sagt dazu Martin Schenk, Sozialexperte der Diakonie Österreich. Je früher die „Armutphase“, wie Schenk sie nennt, einsetzt und je länger die-

se anhält, desto heikler seien die Auswirkungen der Armut: Kopfschmerzen, Nervosität, Einschlafstörungen und Einsamkeit seien möglich. Auch die Schmerzintensität sei zwei- bis dreimal ausgeprägter als jene von Kindern aus bessergestellten Familien. Selbst wer später einmal aus der Armut herauskommt, leide oft unter psychischen Langzeitfolgen.

## Österreichs Ausgaben für Gesundheit unter EU-Schnitt

„Steige ich im ersten Bezirk in die U-Bahn ein und im 15. Bezirk wieder aus, dann liegen dazwischen fünf Minuten Fahrzeit, aber auch fünf Jahre Unterschied in der Lebenserwartung“, sagt Schenk. Jugendliche und Erwachsene, die in Armut aufgewachsen sind, würden nämlich dreimal so oft an Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Gelenksbeschwerden, Diabetes und psychischen Krankheiten leiden, wodurch sie im Schnitt um fünf bis acht Jahre früher sterben.

Armut hängt auch eng mit Bildung zusammen. 19 Prozent der Pflichtschulabsolventen sind arbeitsgefährdet, unter den Personen mit Lehre sind es elf Prozent und unter den Maturanten 13 Prozent.

Etwa jeder Sechste der Kinder und Jugendlichen ist laut dem aktuellen Bericht zur Lage der Kinder- und Jugendgesundheit in Österreich von Armut betroffen. Konkret sind das 280.000 junge Menschen, 124.000 davon leben in manifester Armut. Das bedeutet: Deren Eltern haben wenig Einkommen und eine schwierige Arbeitssituation, sodass sie sich die Kosten für die Heizung, Lebensmittel und Gewand nicht ausreichend leisten können.

Kinder und Jugendliche machen etwa 20 Prozent der österreichischen Bevölkerung aus. Die Gesundheitsausgaben für sie liegen bei 5,8 Prozent, das ist weniger als der EU-Durchschnitt von 6,4 Prozent. Zum Vergleich: In

Deutschland umfasst der Anteil der Gesundheitsausgaben für Kinder und Jugendliche acht Prozent, in Großbritannien zehn Prozent.

Österreich sei das elftreichste Land der Welt – dennoch habe es die OECD bezüglich Kinder- und Jugendgesundheit an die letzte Stelle der EU-Länder gereiht, ergänzt Klaus Vavrik, Präsident der Österreichischen Kinderliga. Unser Land weise die höchste Rate an jugendlichen Rauchern auf und sei bei Suchtentwicklungen, Fettleibigkeit und Gewalterfahrung ganz weit oben. Vavrik fordert daher die Kassenfinanzierung notwendiger Therapien und Heilbehelfe sowie die Abschaffung des Selbstbehaltes.

Zustimmung dafür erhält er von der SPÖ, den Grünen und dem Psychologenverband. Auch Carina Spak pflichtet ihm bei, sie leitet „AmberMed“, eine Einrichtung für Menschen ohne Versicherungsschutz. „Während wir anfangs vor allem Asylwerber me-

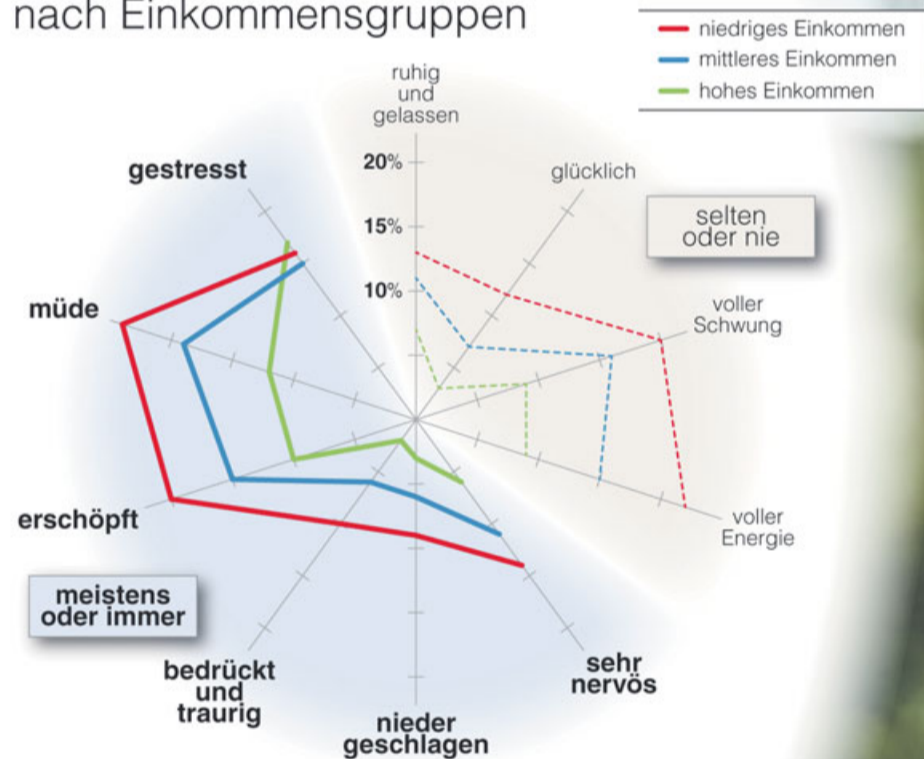
dizinisch versorgten, ist die Zahl der Österreicher, die bei uns Hilfe suchen, massiv gestiegen. Unter anderem deshalb, weil sie sich den Selbstbehalt für eine Therapie oder Medikamente für ihr Kind nicht leisten können.“

## „Arm sind alle, die aus dem System hinausgefallen sind“

Zudem werde die Mitversicherung häufig als Druckmittel benutzt. „Falls der erwerbstätige Mann Frau und Kind einfach abmeldet, stehen diese von einem Tag auf den anderen ohne Versicherungsschutz da“, sagt Spak.

Das könne der erste Schritt hin zur Armutgefährdung sein, denn: „Arm sind alle, die aus dem System hinausgefallen sind“, so Spak. Und woran merkt man Armut? „Daran, dass Kinder im Dezember keine Socken anhaben. Dass sie in der Schule keine Jause mithaben, oder dass sie mit drei Generationen auf 25 Quadratmetern leben.“ ■

## Psychisches Wohlbefinden nach Einkommensgruppen



WZ-Grafik: Moritz Ziegler, Quelle: Statistik Austria, EU-SIC 2013, Modul Wohlbefinden, Foto: robhainer/Fotolia

WIENER ZEITUNG ■

## Kärnten erhält Geld zu etwas teureren Konditionen

Landesfinanzreferentin Gabriele Schaunig hofft auf baldige Geldflüsse.

**Klagenfurt/Wien.** (pech/apa) Kärnten braucht dringend Geld. Das Land hat bereits alle Ermessensausgaben gestoppt. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) hat bereits mit Finanzminister Hans Jörg Schelling (ÖVP) über Konditionen für das Land bei einer Finanzierung über die Bundesfinanzierungsagentur (Öbfa) gesprochen.

Allerdings zeigte der Finanzminister wenig Verständnis für die Wünsche Kärntens. Auch Kärnten müsse irgendwann begreifen, dass es nicht die Konditionen diktieren könne. SPÖ-Klubchef Andreas Schieder zeigte hingegen Verständnis für die Forderung Kaisers. Kärnten habe darauf ein Recht, meinte er vor dem Ministerrat gegenüber Journalisten.

Unterdessen hat das Land gewisse Risikoauflagen bei der Finanzierung über Öbfa akzeptiert. Die Öbfa habe angekündigt, dass Kärnten die gleichen Konditionen wie bei einer Finanzierung über den Kapitalmarkt im vergangenen Jahr bekommen werde, sagte Finanzreferentin Gabriele Schaunig (SPÖ). Die Bedingungen seien etwas teurer als die üblichen Konditionen der Öbfa.

Die Abstufung beim Rating Kärntens sei auf das vom Bund und Finanzminister verfügte Schulden-Moratorium bei der Heta, der staatlichen Abbaugesellschaft der Hypo Alpe Adria, zurückzuführen, so Schaunig. Es sei daher „legitim“, wenn sich die Öbfa-Konditionen nach jenen des Kapitalmarkts vor dem Moratorium

richteten. Was Schelling damit meint, dass er sich keine Konditionen von Kärnten diktieren lasse, wie er das vor dem Ministerrat gesagt hatte, konnte Schaunig nicht sagen. Es gebe keinen Konflikt bezüglich der Konditionen.

## „Pfandbriefstelle ist durchfinanziert“

Am Mittwoch wurde ein weiterer Pflasterstein bei der Heta aus dem Weg geräumt. „Die Pfandbriefstelle ist durchfinanziert“, hieß es aus der gemeinsamen Emissionsstelle der Hypobanken. Der Zahlungsstopp für Schuldentrückzahlungen der Heta braucht Gläubiger der Pfandbriefstelle nun nicht mehr zu bekümmern. Das betrifft nicht nur Investoren der vom einjährigen Heta-Zah-

lungsmoratorium erfassten Heta-Bonds (800 Millionen Euro), sondern alle über die Pfandbriefstelle aushaftenden Heta-Emissionen von 1,2 Milliarden Euro.

Die Verträge seien unterzeichnet und „sichern die Zahlungsfähigkeit der Pfandbriefbank langfristig und über das Heta-Moratorium hinaus“, erklärte Kurt Sumper, Vorstand der Pfandbriefbank AG, in einer Mitteilung. Weil die Heta für die Rückzahlung der über die Pfandbriefstelle begebenen landesgarantierten „Senior Bonds“ jetzt ausfällt, müssen die anderen Hypos zurückzahlen. In der Pfandbriefstelle ist von einer „Bevorschussung“ die Rede. Nicht nur die acht Hypos (außer Wien), sondern auch die jeweiligen Bundesländer haften gesetzlich für

die Verbindlichkeiten der Pfandbriefstelle (Solidarhaftung) – also für Anleihen, die über die Pfandbriefstelle begeben wurden.

## Staatsanwälte untersuchen Hypo-Geschäfte

Die Staatsanwaltschaft Klagenfurt hat anlässlich des Hypo-U-Ausschusses eine Zwischenbilanz zur juristischen Aufarbeitung des Bankdebakels gelegt. In vier Prozessen wurden neun Personen rechtskräftig verurteilt, Gerichtsverfahren gegen 23 Angeklagte laufen noch. Ermittelt wird derzeit gegen rund 100 Beschuldigte. Das Volumen der untersuchten Geschäfte beläuft sich in Summe auf 5,9 Milliarden Euro. 17 Millionen Euro wurden aus Liechtenstein zurückgeholt. ■